



HESSISCHER LANDTAG

03. 12. 2019

Plenum

Antrag

**Christoph Degen (SPD), Kerstin Geis (SPD), Karin Hartmann (SPD),
Manuela Strube (SPD), Turgut Yüksel (SPD) und Fraktion**

**Lehrermangel verschärft Chancenungleichheit und Überlastungen an unseren
Schulen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag nimmt anerkennend zur Kenntnis, dass der Hessische Rundfunk im Rahmen der ARD-Themenwoche „Zukunft Bildung“ vom 9. bis 16. November 2019 über Lehrermangel und Quereinstieg in Hessen berichtet hat. Die HR-Recherchen haben die Realität an den hessischen Schulen beeindruckend verdeutlicht. Lehrermangel in Hessen ist tagtäglich Realität.
2. Der Landtag bedauert, dass der zunehmende Einsatz von pädagogischen Laien zu Mehrbelastungen der Kollegien führt. Vorhandene Lehrkräfte müssen die Aushilfskräfte zusätzlich zu ihrem normalen Pensum betreuen und begleiten, so gut es eben geht. Die Belastung der Lehrkräfte ist am Limit.
3. Der Landtag kritisiert die Versäumnisse und Fehlplanungen der früheren und aktuellen Landesregierung in Bezug auf die Lehrerbedarfsplanung und fordert, alle vertretbaren Mittel zu ergreifen, um den Lehrermangel schnellstmöglich und umfänglich zu beenden.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Zuweisung von Stellen und qualifizierten Lehrkräften viel stärker am Bedarf der einzelnen Schule auf der Basis der Zusammensetzung der Schülerschaft auszurichten. Schulen an sozialen Brennpunkten sind vom Lehrermangel besonders hart betroffen. Dort fällt es besonders schwer, geeignetes Lehrpersonal zu finden. Dies wirkt dem Ziel der Chancengleichheit entgegen.
5. Der Landtag stellt fest, dass der Einsatz von Laien als Lehrkräfte die Unterrichtsqualität senkt und keine Dauerlösung sein kann. Kindertagesstätten und Grundschulen sind als erste öffentliche Bildungsinstitutionen im Lebenslauf von besonderer Bedeutung. Um gute Bildungschancen unabhängig vom Elternhaus zu gewährleisten, müssen Schülerinnen und Schüler gerade in der frühen Bildung durch qualifizierte und voll ausgebildete Lehrkräfte unterrichtet werden.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Rahmenbedingungen für den qualifizierten Quereinstieg ins Grundschul-Lehramt zu verbessern. Vorschläge, die Attraktivität des Quereinsteigerprogramms zu steigern, liegen der Landesregierung vor. Dies wäre zum einen die Anhebung der Besoldung für Grundschullehrkräfte auf A13 bzw. E13. Zum anderen könnten die im SPD-Antrag Drucksache 19/4822 genannten Kriterien ein Anreiz sein. Der Landtag hält die im Haushaltsplanentwurf 2020 der Landesregierung vorgesehenen Kürzungen beim Quereinsteigerprogramm für grundfalsch.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Zahl der Studienplätze für das Grundschul-Lehramt weiter zu erhöhen und die Studienbedingungen zu verbessern, damit mehr Studierende ihr Studium erfolgreich abschließen.
8. Der Landtag stellt fest, dass die Landesregierung spätestens seit 2010 Maßnahmen hätte ergreifen müssen, um die massive Pensionierungswelle von Lehrkräften zumindest abzufedern, den Ganztagsausbau vorzubereiten und den Ausbau der inklusiven Beschulung zu begleiten. Der erst 2016/17 begonnene Versuch, Pensionäre zu gewinnen, blieb ein erfolgloses Unterfangen. Nur 42 ehemalige Lehrkräfte mit Grund- und Förderschullehramt kamen in 2018 an die Schulen zurück und nur knapp 100 Lehrkräfte verlängerten ihre Dienstzeit.

9. Die Landesregierung wird aufgefordert, die eigene Bedarfsplanung zu hinterfragen und zu überprüfen. Die Anzahl der Geburten in Hessen stieg seit 2012 deutlich sichtbar von rund 51.600 (2012) auf 60.700 (2016) pro Jahr an. Einen so signifikanten Anstieg der Geburtenrate kann ein Kultusminister nicht übersehen und hätte rechtzeitig in die Bedarfsplanung einbezogen werden müssen.
10. Der Landtag stellt fest, dass nach Angaben der Landesregierung (Hessischer Integrationsmonitor) die Zahl der Zuwanderer seit 2009 stark ansteigt – sowohl aus EU-Staaten (50 %) als auch aus anderen Weltregionen, vor allem aus Asien (20 %). Die Zuwanderung von Geflüchteten ist daher nur ein Faktor und nicht der Hauptgrund für die gestiegene Schülerzahl.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 3. Dezember 2019

Christoph Degen
Kerstin Geis
Karin Hartmann
Manuela Strube
Turgut Yüksel

Die Fraktionsvorsitzende:
Nancy Faeser